

BESCHLUSSVORLAGE	Gremium:	32. Plenarsitzung Gemeinderat
	STADT KARLSRUHE Der Oberbürgermeister	Termin: Vorlage Nr.: TOP: Verantwortlich:
Beteiligung der KVVH GmbH an der Kapitalerhöhung bei der EnBW AG		

Beratungsfolge dieser Vorlage	am	TOP	ö	nö	Ergebnis
Hauptausschuss	14.02.2012	4	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	
Gemeinderat	28.02.2012	11	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	
			<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	

Antrag an den Gemeinderat / Ausschuss

Der Gemeinderat stimmt – nach Vorberatung im Hauptausschuss – der vorgesehenen Beteiligung an der Kapitalerhöhung der EnBW zu. Die KVVH GmbH wird ermächtigt, an der Kapitalerhöhung durch einen Aktienerwerb in Höhe von rd. 20 Mio. Euro teilzunehmen. Die Finanzierung erfolgt wie dargestellt.

Finanzielle Auswirkungen				nein <input type="checkbox"/>	ja <input checked="" type="checkbox"/>
Gesamtkosten der Maßnahme	Einzahlungen/Erträge (Zuschüsse u. Ä.)	Finanzierung durch städtischen Haushalt	Jährliche laufende Belastung (Folgekosten mit kalkulatorischen Kosten abzügl. Folgeerträge und Folgeinsparungen)		
rd. 20 Mio. Euro durch die KVVH GmbH	Dividendenerträge bei der KVVH GmbH		Finanzierungskosten bei der KVVH GmbH		
Haushaltsmittel stehen nicht zur Verfügung				Kontenart:	
Kontierungsobjekt: Kostenstelle:					
Ergänzende Erläuterungen:					
Karlsruhe Masterplan 2015 - relevant	nein <input checked="" type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/>		Handlungsfeld:		
Anhörung Ortschaftsrat (§ 70 Abs. 1 GemO)	nein <input checked="" type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/>		durchgeführt am		
Abstimmung mit städtischen Gesellschaften	nein <input type="checkbox"/> ja <input checked="" type="checkbox"/>		abgestimmt mit KVVH GmbH		

Die EnBW AG ist eines der drei größten Energieversorgungsunternehmen in Deutschland. Sie ist börsennotiert und hat ihren Konzernsitz in der Durlacher Allee in Karlsruhe. Am Konzernsitz Karlsruhe sind insgesamt rund 4.300 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer beschäftigt. Der Konzern EnBW AG hat in den letzten Jahren kontinuierlich Gewerbesteuerzahlungen an die Stadt Karlsruhe geleistet und war damit einer der großen Steuerzahler. Die EnBW AG stellt somit einen bedeutenden Partner und Imageträger der Stadt Karlsruhe dar.

Das Unternehmen steht im Rahmen des politisch beschlossenen Energiewandels vor erheblichen wirtschaftlichen Herausforderungen. So wurden im Rahmen der 13. Novelle des Atomgesetzes der Betrieb des Blocks I des Kernkraftwerks Neckarwestheim sowie des Blocks 1 des Kernkraftwerks Philippsburg eingestellt. Im Hinblick auf ihre strategische Neuausrichtung mit einem verstärkten Schwerpunkt der Energieerzeugung in Erneuerbaren Energien benötigt die EnBW erhebliche Finanzmittel.

Nach den aktuell vorliegenden Informationen sind die beiden (Haupt-)Gesellschafter, der Zweckverband Oberschwäbische Elektrizitätswerke (OEW) sowie das Land Baden-Württemberg mit seiner Gesellschaft Neckarpri GmbH, zu einer Kapitalerhöhung mit jeweils 400 Mio. Euro bei der EnBW AG bereit. Durch diese Maßnahme sollen der EnBW AG im Hinblick auf eine strategische Neuausrichtung mit verstärktem Schwerpunkt der Energieerzeugung aus Erneuerbaren Energien die notwendigen Finanzmittel bereitgestellt werden.

Die Kapitalerhöhung der EnBW insgesamt wird voraussichtlich im Rahmen der nächsten Hauptversammlung der EnBW am 26.04.2012 beschlossen.

Die Stadt Karlsruhe hält über ihre 100%ige Tochtergesellschaft KVVH GmbH rund 5,8 Mio. Aktien, was einem derzeitigen Anteil am Grundkapital von 2,31 % entspricht. Die KVVH GmbH ist mit diesem Aktienpaket Teil der Badischen Energieaktionärs-Vereinigung (BEV), die derzeit insgesamt 2,45 % der Anteile (6,1 Mio. Aktien) hält. Um nun auch zukünftig das derzeitige Anteilsvolumen abzubilden, müsste allei-

ne die KVVH GmbH sich mit einem Investitionsvolumen in Höhe von rd. 20 Mio. € an der vorgesehenen Kapitalerhöhung beteiligen.

Dies wurde dem Aufsichtsrat der KVVH GmbH bereits in seiner Sitzung am 08.12.2011 dargestellt.

Zur Vermeidung einer möglichen zusätzlichen Ergebnisbelastung bei der KVVH GmbH ist bis zum 31.12.2012 eine Finanzierung im Rahmen des Clearingverbundes mit der Stadt Karlsruhe vorgesehen. Mit dem Doppelhaushalt 2013/2014 wird dem Gemeinderat dann ein Gesellschafterdarlehen durch die Stadt Karlsruhe an die KVVH GmbH in vollständiger Höhe des Aktienerwerbes vorgeschlagen. Die Verzinsung des Gesellschafterdarlehens seitens der KVVH GmbH soll dann in Höhe der Dividendenerträge aus dem Aktienerwerb erfolgen. Durch diese Vorgehensweise wird die langfristige Finanzierung der Kapitalerhöhung bei der EnBW AG gewährleistet, ohne das Ergebnis der KVVH GmbH zu belasten.

Der Aufsichtsrat der KVVH GmbH berät den Sachverhalt in seiner Sondersitzung am 14.02.2012. Dort wird ein Vertreter der EnBW AG teilnehmen, um die Notwendigkeit der Kapitalerhöhung zu erläutern.

Beschluss:

Antrag an den Gemeinderat

Der Gemeinderat stimmt – nach Vorberatung im Hauptausschuss – der vorgesehenen Beteiligung an der Kapitalerhöhung der EnBW AG zu.

1. Die KVVH GmbH wird ermächtigt, an der Kapitalerhöhung der EnBW AG durch einen Aktienerwerb in Höhe von rd. 20 Mio. Euro teilzunehmen.
2. Die Finanzierung erfolgt über den Clearingverbund der Stadt Karlsruhe.

Hauptamt - Ratsangelegenheiten -

10. Februar 2012